

MARTIN MROCHEN

MASSAKER IN MEXIKO

DIE ENTFÜHRUNG VON 43 LEHRAMTSTUDENTEN IM MEXIKANISCHEN BUNDESSTAAT GUERRERO LEGT DIE VERSTRICKUNG STAATLICHER STELLEN IN DEN ORGANISIERTEN DROGENHANDEL OFFEN

Seit dem Massaker von Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero am 26. September 2014 ist die Beteiligung staatlicher Akteure an Menschenrechtsverbrechen in Mexiko offenkundiger als je zuvor. Nun ist unübersehbar, was MenschenrechtsaktivistInnen und Eingeweihte schon seit Jahrzehnten beklagen: Wer sich in Mexiko zum Andersdenken oder zur politischen Opposition bekennt, wer nach Alternativen zu den neoliberalen Reformen der letzten 30 Jahre sucht, riskiert sein Leben. Wirft man einen Blick auf die jüngere Geschichte Mexikos, könnte man denken, die Zeit wäre stehen geblieben. Ein historisches Schlüsselmoment: der 2. Oktober 1968. An jenem Tag wurden friedliche Proteste Hunderttausender StudentInnen im Stadtteil Tlatelolco blutig niedergeschlagen. Jedes Jahr am 2. Oktober gedenken StudentInnen, AktivistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und Intellektuelle mit einer großen Demonstration in Mexiko-Stadt der Opfer. Die damaligen Forderungen nach einem Ende der Menschenrechtsverletzungen, einem funktionierenden Rechtsstaat, demokratischen Wahlen und ernsthaften Bemühungen zur Armutsbekämpfung sind auch heute noch aktuell.

Nach dem Massaker an Lehramtstudenten aus dem süd-mexikanischen Bundesstaat Guerrero am 26. September 2014 wird die Verstrickung der Sicherheitsbehörden in die organisierte Kriminalität immer deutlicher. Bei einer Protestaktion des linken Lehrerseminars aus Ayotzinapa wurden zwei Studenten von der städtischen Polizei erschossen, 43 weitere gelten als vermisst. Kurze Zeit später wurden die verkohlten und verstümmelten Leichen von 28 Personen im nahe gelegenen Pueblo Viejo gefunden. Bei ihnen handelt es sich möglicherweise um einige der vermissten Kommilitonen.¹

Offiziellen Angaben zufolge sollen die Lehramtstudenten bei ihrer Protestaktion zwei Busse gekapert haben. Bei dem anschließenden Polizeieinsatz seien sie unter Beschuss genommen worden. Insgesamt 30 Polizisten wurden infolge des brutalen Vorgehens festgenommen, bis dato haben jedoch weder der amtierende Bürgermeister noch der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero Verantwortung übernommen. Obgleich eine forensische Untersuchung noch aussteht, ist die Komplizenschaft zwischen staatlichen Polizeikräften und kriminellen Banden mit dem Fall Iguala offen zutage getreten. Eine Woche nach den Ereignissen bekannte sich die kriminelle Gruppe Guerreros Unidos («Vereinigte Krieger») zu den Morden an den Studenten, ein Bandenmitglied soll der örtlichen Polizei die Stelle verraten haben, an der die Leichen gefunden wurden. Wenig später stellten die Guerreros Unidos der mexikanischen Regierung sogar

ein Ultimatum zur Freilassung der inhaftierten Polizisten, die offenbar teilweise Mitglieder derselben kriminellen Gruppierung sind.

Die «Vereinigten Krieger» galten zuvor als bewaffneter Arm des Beltrán-Leyva-Kartells. Héctor Beltrán Leyva, der Anführer des mächtigen Drogenkartells, war am 1. Oktober 2014 in San Miguel de Allende im Bundesstaat Guanajuato verhaftet worden. Über einen möglichen Zusammenhang zwischen der Festnahme Beltrán Leyvas und den Vorkommnissen in Guerrero kann gegenwärtig nur spekuliert werden. Während das Kartell mit Fausto Isidro Meza Flores wohl bereits einen Nachfolger für den verhafteten Drogenboss gefunden hat, bleibt das alte Problem bestehen: Wie identifiziert man die Verantwortlichen für Gewalt und Morde, wenn Polizei und organisierte Kriminalität gemeinsame Interessen verfolgen? Wie glaubwürdig sind Stellungnahmen von FunktionärInnen und MandatsträgerInnen, wenn diese teilweise selbst an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind und waren?

Die Zusammenarbeit zwischen der städtischen Polizei und Verbrecherbanden ist kein Novum. Bereits im Vorjahr wurden drei Mitglieder der Unidad Popular Guerrero, eines Zusammenschlusses zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Region, nach einer Protestaktion in Iguala von bewaffneten Zivilisten getötet. Laut Zeugenberichten soll der amtierende Bürgermeister von Iguala, José Luis Abarca Velázquez, direkt an den Morden beteiligt gewesen sein und für die «Vereinigten Krieger» gearbeitet haben. Seit den jüngs-

ten Ereignissen in Iguala ist Abarca Velázquez untergetaucht. Die mexikanische Bundesregierung hatte ihn zuvor zu einer Stellungnahme aufgefordert. Generalstaatsanwalt Murillo Karam gab am gestrigen Mittwoch, den 22. Oktober 2014, dass gegen José Luis Abarca, seine Ehefrau María de los Angeles Pineda und den örtlichen Sicherheitschef Felipe Flores Haftbefehl erlassen wurde.

Auch der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero, Ángel Aguirre Rivero, war in der Vergangenheit in Menschenrechtsverbrechen verwickelt. Im Dezember 2011 ermordeten Polizisten und Sicherheitskräfte des Bundesstaates Guerrero zwei Studenten der Lehramtsschule Ayotzinapa während einer Protestblockade der sogenannten «Sonnenautobahn» (Autopista del Sol), die zwischen dem Ferienort Acapulco und dem Großraum Mexiko-Stadt verläuft. Auch diesen Fall klärte die mexikanische Justiz nicht auf, die TäterInnen blieben unbehelligt. Die jüngsten Ereignisse im Bundesstaat Guerrero sind also kein katastrophaler Einzelfall, sondern Ausdruck der fortwährenden politischen Repression und Missachtung von Menschenrechten in Mexiko.

Die TäterInnen werden aufgrund der grassierenden Korruption und Straflosigkeit nur selten verfolgt und bestraft. In den letzten zehn Jahren ist die Lage durch das Auftreten neuer Akteure sogar noch unübersichtlicher geworden. Spätestens seitdem Ex-Präsident Felipe Calderón von der konservativen PAN (Partido Acción Nacional) im Jahr 2006 den «Krieg gegen den Drogenhandel» ausrief, verschwammen die Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und staatlichen Polizei- und Sicherheitskräften. Nach Angaben der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft sind zwischen 2006 und 2011 insgesamt 47.515 Menschen dieser Allianz zum Opfer gefallen.² Zivilgesellschaftliche Organisationen gehen von deutlich höheren Zahlen aus. Sie kommen auf bis zu 121.683 Tote im Kontext des Drogenkonfliktes.³

An der Sicherheitsstrategie hat sich jedoch auch unter dem seit Ende 2012 amtierenden Präsidenten Enrique Peña Nietos von der «neuen, alten» Staatspartei PRI (Partei der Institutionellen Revolution) wenig geändert. Mit der neu aufgestellten Nationalen Gendarmerie, die als Spezialtruppe der Bundespolizei gegen Drogenbanden vorgehen soll, reiht sich nur ein weiterer schwer bewaffneter Akteur in einen Konflikt ein, bei dem es schon lange nicht mehr nur um die Bekämpfung der Drogenkriminalität geht. Die 5.000 Personen starke Truppe soll auch zum «Schutz der volkswirtschaftlichen Produktion» eingesetzt werden – dem Schutz von Unternehmen und Unternehmensinteressen also.⁴ In Iguala wird diese Einheit gemeinsam mit Marine und Bundespolizei bereits eingesetzt.

Kritische Stimmen befürchten nun, dass sich nach dem Massaker an den Studenten in Ayotzinapa die Verantwortlichen wie in der Vergangenheit nicht für ihre Taten werden verantworten müssen. Es besteht die Gefahr, dass den festgesetzten Polizisten als Bauernopfer der Prozess gemacht wird, damit die Verantwortlichen, hochrangige Militärs und politische MandatsträgerInnen, straflos bleiben können. Diese Strategie kam bereits in Tlatlaya zum Einsatz. In dem abgelegenen Landkreis im Bundesstaat Mexiko waren im Juni dieses Jahres 21 wehrlose Personen hingerichtet worden. Acht Soldaten niedrigen Rangs wurden später inhaftiert, weitere Nachforschungen eingestellt.

Die deutsche Menschenrechtskoordination, ein Zusammenschluss von 15 Organisationen, kritisiert den Prozess der Militarisierung in Mexiko. Als Konsequenz aus den Ereignissen

in Guerrero empfiehlt sie den Abgeordneten im Deutschen Bundestag, Anfang 2015 gegen den deutsch-mexikanischen Kooperationsvertrag zu stimmen. Der Vertrag sieht eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder im Bereich der Sicherheit vor. Dies betrifft auch den Austausch sensibler Informationen. Solche Informationen werden in mexikanischen Gefängnissen oftmals unter Einsatz von Folter erlangt.

Zudem ist es wichtig zu klären, gegen wen sich die Gewalt des Staates und krimineller Gruppen eigentlich richtet: Die LehramtstudentInnen aus Ayotzinapa entstammen einer linken, ländlichen Tradition und sind seit Jahrzehnten politisch organisiert. Das Lehrerseminar Isidro Burgos wurde in den 1930er Jahren vom sozialistisch orientierten Präsidenten Lázaro Cárdenas gegründet. Fast zeitgleich begannen die StudentInnen, sich im Bäuerlich-Sozialistischen Studentenbund Mexikos (Federación de Estudiantes Campesinos Socialistas de México) für bessere Studienbedingungen und die Rechte der KommilitonInnen einzusetzen. Bis zum heutigen Tag versucht der mexikanische Staat, die Proteste der linken StudentInnen zu kriminalisieren und zu bekämpfen. Sich für politischen Wandel einzusetzen, bedeutet auch im Jahr 2014, Gefahren für Leib und Leben zu riskieren. Insbesondere die linke Opposition und Andersdenkende stehen im Fadenkreuz der Repression.

Aber auch MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen müssen Gewalt und Verfolgung fürchten. Die mexikanische Nichtregierungsorganisation Soforthilfemaßnahmen für Menschenrechtsverteidiger (ACUDEH) zählt für den Zeitraum von Juni 2013 bis Mai 2014 insgesamt 274 Fälle von Aggressionen gegenüber MenschenrechtlerInnen, vor allem in den Bundesstaaten Oaxaca, Chiapas, Guerrero sowie in Mexiko-Stadt.⁵ Auch die Bedingungen für eine freie Presse in Mexiko haben sich seit dem Amtsantritt Peña Nietos nicht merklich verbessert. 2013 belegte Mexiko im Pressefreiheits-Ranking der NGO Reporter ohne Grenzen Platz 152 von 180 berücksichtigten Staaten. Nach wie vor gilt Mexiko als eines der gefährlichsten Länder für JournalistInnen und Medienschaffende.⁶

Mehr als eine Woche nach dem blutigen Polizeieinsatz in Iguala meldete sich Präsident Enrique Peña Nieto in einer Ansprache an die mexikanische Bevölkerung zu Wort. In seiner Rede verurteilte er die Gewalt in Guerrero, drückte sein Mitgefühl aus und kündigte «Nachforschungen», «Aufklärung» und «Gerechtigkeit» an. Insgesamt 250 Einheiten der Gendarmerie wurden im Anschluss nach Iguala entsandt, um dort zusammen mit Militär und Bundespolizei die noch vermissten Studenten zu suchen. Konkrete Aussagen darüber, wie die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollen und ein weiterer Fall von Straflosigkeit verhindert werden kann, traf der Regierungschef nicht. Trotz der enormen Schwere der Vorfälle in der Gemeinde Iguala – einem Ort, der nur 200 Kilometer von der Hauptstadt Mexikos entfernt liegt – blieben die Reaktionen der politischen Elite schwammig und ausweichend – und sie kommen verspätet. Vier Tage verstrichen, ehe der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero, Ángel Aguirre Rivero, beantragte, die Immunität des Bürgermeisters Igualas, Abarca Velázquez, aufzuheben. Die früheren Verstrickungen des Gemeindeoberhaupts in die organisierte Kriminalität und die Tatsache, dass es bereits im Vorfeld zahlreiche Beschwerden über die Zusammenarbeit der örtlichen Polizei mit kriminellen Gruppen gegeben hatte, zeigen, dass es schwierig ist, solche Konflikte auf lokaler Ebene zu ahnden. Um die aktuellen Vorkommnisse in

Iguala angemessen aufzuarbeiten und aufzuklären, müssten die verantwortlichen PolitikerInnen auf bundesstaatlicher und nationaler Ebene zudem erklären können, warum Nachforschungen nicht bereits früher angestellt wurden. Sie müssten ihre eigenen Fehler aus der Vergangenheit benennen und Konsequenzen ziehen. Es ist die Pflicht der VertreterInnen des Staates, diesen Teufelskreis der Straflosigkeit zu durchbrechen und die öffentliche Sicherheit zu wahren, so schreibt es die Verfassung vor. Doch wer klagt sich schon freiwillig selbst an, wenn die Vorwürfe so schwer wiegen?

Auch die Nationale Menschenrechtskommission CNDH (Comisión Nacional de los Derechos Humanos) steht in der Kritik, weil sie verspätet auf das Massaker in Guerrero reagierte. MenschenrechtsaktivistInnen warfen der CNDH und seinem Ombudsman Raúl Plascencia Villanueva Gleichgültigkeit und Ineffizienz bei der Anzeige von Menschenrechtsverletzungen vor und forderten dessen Rücktritt. Die mexikanische Regierung hatte die CNDH im Jahr 1990 zur Stärkung der Unabhängigkeit des Menschenrechtsschutzes gegründet.

Die mexikanische Zivilgesellschaft nutzte den Jahrestag des Massakers in Tlatelolco von 1968, um ihren Unmut über die Ereignisse in Guerrero kundzutun. Zwar erwarteten viele BeobachterInnen Ausschreitungen bei der großen Demonstration am 2. Oktober in Mexiko-Stadt. Der Protestmarsch vom historischen Schauplatz Tlatelolco bis zum Hauptplatz (Zócalo) im Zentrum der mexikanischen Metropole verlief jedoch weitgehend friedlich und fast unter Abwesenheit der Polizei. Die rund 25.000 DemonstrantInnen skandierten: «Lebend habt ihr sie uns genommen, lebend wollen wir sie zurück!» Seit dem Marsch vom 2. Oktober forderten zahlreiche weitere Demonstrationen Aufklärung über das Schicksal der verschwundenen Studenten aus Ayotzinapa. Auch in einigen europäischen Städten, unter anderem in London, Paris und Berlin, versammelten sich unter dem Motto «Mexiko ist kein Tourismusziel, sondern ein Massengrab» AktivistInnen vor den mexikanischen Botschaften.

INTERNATIONALE REAKTIONEN

Indes kritisierten auch internationale Menschenrechtsorganisationen die mexikanische Regierung ungewohnt scharf. Die US-Organisation Human Rights Watch (HRW) wirft Präsident Peña Nieto vor, aus Gründen der Imagepflege die Beteiligung von Militär und Bundespolizisten an dem Massaker zu verschleiern. Die verspätete Reaktion der Regierung sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass Menschenrechtsthemen gewöhnlich wenig Beachtung erhielten.⁷ Auch Amnesty International fordert eine lückenlose Aufklärung des Schicksals der Studenten und der Rolle der staatlichen Sicherheitskräfte. Diesen Forderungen schlossen sich 53 Organisationen, die sich um die Betreuung der betroffenen Familien kümmern, an.⁸

Die Welle der Empörung über die gravierende Verletzung der Menschenrechte in Guerrero erreichte auch Brüssel. In einer Erklärung hatte eine länderübergreifende Gruppe von EU-ParlamentarierInnen und einigen deutschen Bundestagsabgeordneten gefordert, die Neuverhandlungen des Globalabkommens zwischen der Europäischen Union und Mexiko so lange auszusetzen, bis das Vertrauen zur mexikanischen Regierung beim Thema Menschenrechte wieder hergestellt sei. Im Deutschen Bundestag gab es eine Anhörung zu dem Thema. Aus den USA meldete sich der Sprecher des Außenministeriums (State Department), Jen Psaki, zu Wort und schloss sich den Forderungen der Menschen-

rechtsorganisationen an. Die Rolle der USA ist jedoch zumindest zwiespältig. Der sicherheitspolitische Kurs früherer mexikanischer Regierungen entstand auch auf Druck der benachbarten USA, im Kontext der Terrorismusbekämpfung infolge der Anschläge vom 11. September 2001. Auch der Drogenkonflikt in Mexiko entstand nicht erst mit der Militäroffensive unter dem mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón im Jahr 2006. Nichtsdestotrotz galt seit diesem Zeitpunkt die organisierte Kriminalität verstärkt als «innerer Feind», der für die Sicherheitsprobleme des Landes verantwortlich sei.

Seit Jahren unterstützen die USA das mexikanische Militär mit Ausrüstung und Infrastruktur im «Anti-Drogen-Krieg», nicht zuletzt um die eigenen wirtschaftlichen Interessen jenseits der US-Südgrenze mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Waffen gelangen sowohl legal als auch illegal aus den USA nach Mexiko. 2011 wurde bekannt, dass die US-Drogen- und Waffenbekämpfungsbehörde ATF (Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives) Drogenkartelle in Mexiko «versehentlich» mit 2.500 großkalibrigen Waffen versorgt hatte. Von der sogenannten «Operation Fast and Furious» war auch der US-Inlandsgeheimdienst FBI unterrichtet.⁹

DER KAMPF FÜR MENSCHENRECHTE IN MEXIKO

Der Kampf für Menschenrechte beginnt nicht mit dem Massaker in Iguala. Die Unterdrückung der politischen Opposition hat in Mexiko seit Jahrzehnten Tradition. Ihr symbolischer Ursprung ist das Massaker von Tlatelolco im Jahre 1968. In einer Zeit der kulturellen Liberalisierung und Öffnung, während des mexikanischen *rocanrol*¹⁰ und der aufkommenden Hippie-Bewegung, schlug der mexikanische Staat unter Präsident Díaz Ordaz Studentenproteste blutig nieder – alles im Vorfeld der Olympischen Spiele, die im selben Jahr in Mexiko stattfanden. Die erschütternde Straflosigkeit existiert in Mexiko seit dem Schlüsseldatum des 2. Oktobers 1968. Die Liste der mexikanischen MandatsträgerInnen, die seitdem in Menschenrechtsverletzungen direkt oder indirekt involviert waren, ist lang. Bezeichnenderweise kann man sich auf der deutschsprachigen Wikipedia-Seite zu Tlatelolco «durch die historischen Massaker Mexikos» klicken.

Weil politische Kämpfe nicht nur in Mexiko immer auch Medienkämpfe sind, ist es wichtig, das Schwarz-Weiß-Bild des *war on drugs* zu überwinden. Spätestens mit den Ereignissen der letzten Wochen muss sich auch international die Einsicht durchsetzen, dass der mexikanische Staat in Menschenrechtsverbrechen selbst involviert ist und dabei vor einer Komplizenschaft mit kriminellen Gruppen nicht zurückschreckt. MenschenrechtsaktivistInnen in Mexiko und informierten BeobachterInnen der mexikanischen Politik mag dies nicht neu erscheinen – in der internationalen Berichterstattung wurde diese Tatsache bislang ignoriert. Es ist also nicht nur an mexikanischen MenschenrechtlerInnen und AktivistInnen, sich gegen das autoritäre Bollwerk der politischen Elite Mexikos zu stellen. Auch die Presse außerhalb Mexikos muss Menschenrechtsverletzungen mit direkter oder indirekter staatlicher Beteiligung aufdecken und verurteilen. 46 Jahre nach dem Massaker in Tlatelolco ist eine breite moralische Empörung über die Ereignisse in Mexiko Pflicht für mexikanische BürgerInnen und die solidarische Weltöffentlichkeit.

Ein erster Schritt aus deutscher Sicht wäre ein Stopp von Waffenexporten nach Mexiko, denn diesen Waffen fielen schon in der Vergangenheit StudentInnen und AktivistInnen zum Opfer. Auch aus der Bundesrepublik Deutschland wurden Waffen illegal in Krisenregionen Mexikos geliefert. Drei Jahre nach der ersten Anzeige und intensiver Recherchearbeit durch den Friedensaktivisten Jürgen Grässlin und den Hamburger Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Jan van Aken, gab der süddeutsche Waffenhersteller Heckler & Koch erstmals zu, Sturmgewehre vom Typ G36 nach Mexiko geliefert zu haben.¹¹

Das Verhältnis der mexikanischen BürgerInnen zu den staatlichen Institutionen sowie den «drei großen Parteien» ist beschädigt. Die Kritik gilt nicht nur der PRI und der PAN, sondern mittlerweile auch der PRD (Partido de la Revolución Democrática), die mit ihrem Kandidaten López Obrador bei den Präsidentschaftswahlen 2012 als progressive Alternative zum neoliberalen Kurs der andern beiden Parteien auftrat. Denn sowohl der Bürgermeister Iqualas als auch der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero sind Mitglieder der PRD. Dass sich unter den für das Massaker verantwortlichen PolitikerInnen zwei Repräsentanten der PRD befinden, wird die Krise der parlamentarischen Linken in Mexiko verschärfen. Auf einer Demonstration in Mexiko-Stadt attackierten aufgebrachte Jugendliche den PRD-Mitbegründer Cuauthémoc Cárdenas tätlich und skandierten «Weder PRI, noch PAN, noch PRD».

Mehr noch: Sowohl José Luis Albarca als auch Ángel Aguirre Rivero traten bei den Wahlen 2012 als Unterstützer Andrés Manuel López Obradors auf, dessen kürzlich als Partei neu gegründete Bewegung zur Nationalen Erneuerung (Movimiento de la Regeneración Nacional, MORENA) parteipolitisch noch in den Kinderschuhen steckt. López Obrador muss sich den Vorwurf gefallen lassen, im Falle Iqualas eine ungewohnte Passivität an den Tag gelegt zu haben. Mehrere LandespolitikerInnen, die offenbar in die organisierte Kriminalität in Guerrero verstrickt sind, stehen seiner neuen Partei nahe. Eine Stellungnahme zu den personellen Verflechtungen ist bis dato nicht erfolgt, obwohl MORENA klar Position gegen die Massaker bezieht und bekannte MORENA-PolitikerInnen wie der Schriftsteller Paco Ignacio Taibo II zu den führenden AktivistInnen der Bewegung gegen die Massaker gehören.

Wenn man die Geschehnisse um die Gewalttaten in Mexiko verfolgt, stellt sich die Frage: Welches Mordmotiv hatten die Täter, warum töteten sie die Studenten? Es handelt

sich um eine Schlüsselfrage, die mit dem Konflikt um den Drogenhandel nicht annähernd beantwortet werden kann. Sicher ist, dass die Strafflosigkeit den Wert des Lebens in Mexiko bereits stark beschädigt hat. Militärs, Paramilitärs, DrogenhändlerInnen, organisierte Kriminelle und VertreterInnen des Staates können sich in dem nordamerikanischen Land nahezu sicher sein, für ihre Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Über Jahrzehnte legten PolitikerInnen in Mexiko besonderen Wert auf die Außendarstellung des Landes, auf das Bild Mexikos in der Welt. Sie unterzeichneten zahlreiche Abkommen und Gesetze zum Schutz der Menschenrechte, gründeten Institutionen und versprachen Reformen. Auf dem Papier verfolgt Mexiko eine vorbildliche Menschenrechtspolitik. Es bleibt zu hoffen, dass das Massaker von Iquala dieses Bild endgültig erschüttert, sodass weder die organisierte Kriminalität noch VertreterInnen des Staates sich weiter dahinter verstecken können.

Martin Mrochen ist Politikwissenschaftler und studiert International Development Studies an der Philipps-Universität Marburg.

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter: <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

¹ Zwar hat die mexikanische Staatsanwaltschaft nach Auswertung der DNA-Proben ausgeschlossen, dass es sich bei den 28 in mehreren Massengräbern in Iquala gefundenen Leichen um die vermissten Studenten handelt, aber das international anerkannte Argentinische Team für Forensische Anthropologie (EAAF) mahnt zur Vorsicht bezüglich definitiver Aussagen. Noch könne es nicht ausschließen, dass es sich bei den 28 Toten nicht doch um Studenten aus Ayotzinapa handle, sagte ein Sprecher gegenüber der zur Zeitschrift *proceso* gehörenden Nachrichtenagentur *apro*. Nach offiziellen Angaben wurden seitdem sechs weitere Massengräber gefunden, inoffizielle Quellen sprechen sogar von 19 illegalen Gräbern. ² So berichtete die spanische Zeitung *El País* am 12. 1. 2012, vgl. http://internacional.elpais.com/internacional/2012/01/11/actualidad/1326317916_963041.html. ³ Vgl. www.proceso.com.mx/?p=348816. ⁴ Vgl. <http://mexico.cnn.com/nacional/2014/08/22/a-20-meses-de-gobierno-el-presidente-pena-nieto-lanza-su-gendarmeria>. ⁵ ACUDEH begann im Jahr 2008, Fälle von Aggressionen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen zu dokumentieren. Unter Aggressionen versteht sie unrechtmäßige Verhaftungen, Morddrohungen, physische Gewalt und Tötungen. ⁶ Vgl. <http://en.rsrf.org/report-mexico>, 184. ⁷ Vgl. www.proceso.com.mx/?p=384147. ⁸ Vgl. www.jornada.unam.mx/2014/10/07/politica/009n2pol. ⁹ Vgl. www.taz.de/!72565. ¹⁰ In Mexiko umgangssprachlich für Rock 'n' Roll. ¹¹ Vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/heckler-koch-lieferte-illegal-gewehre-nach-mexiko-a-898187.html.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Oktober 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling